

mmsk

Dorfstr. 25 88142 Wasserburg/B.
08382-89056
Frau Müller-Meier-Schmid
Büro Koschek

Pressemitteilung, den 5.2.2005

Nebeneinkommen Abgeordneter

Ich als Vertreter der Vorsitzenden der Müller-Meier-Schmid-Kommission, Frau Müller-Meier-Schmid, die ja den Auftrag hat einen neuen Generationenvertrag auszuarbeiten, muss ihnen gestehen, dass mich diese Diskussion positiv überraschte.

Wenn wir die Praxis näher betrachten, dass einzelne Personen Gehälter ohne Gegenleistung erhalten, erscheint mir diese Lösung als ein positiver Schritt in Richtung der Lösung der sozialen Frage. Einkommen ohne Gegenleistung erhalten heute ja bereits mehr Menschen als nur die Abgeordneten, deren Namen durch die Presse gehen. Nicht nur diese Abgeordneten erhalten ein Einkommen ohne Leistung sondern auch die Mitarbeiter bei den Konzernen in der oberen Gehaltsklasse. Nichts rechtfertigt die Gehälter der Vorstandmitglieder, ja dieser Zustand ist als ein Einkommen ohne Gegenleistung zu werten. Und dies ist z.B. auch bei der Deutschen Bank so. Wie anders kann die Entscheidung gewertet werden, dass trotz Gewinnerwartung und ohne Not über 6000 Mitarbeiter entlassen werden sollen. Hier kann keine Leistung der verantwortlichen Vorstände vorliegen. Sie haben nicht bedacht, dass es so etwas wie gleiches Recht in der Wirtschaft nicht gibt. Nicht nur Mitarbeiter an den Schaltern oder wie bei VW am Fließband haben kein Anrecht auf Gehalt ohne Gegenleistung, sondern eben keiner. Im Sinne eines solidarischen Generationenvertrages wäre es, wenn doch alle einen solchen Anspruch hätten. Im Falle der Abgeordneten schlägt Frau Müller-Meier-Schmid vor, die Gehälter, die der Bund auszahlt einzustellen und die Abgeordneten aufzufordern, sich solche Stellen mit Gehalt aber ohne Leistung zu suchen und dadurch ihre Arbeit im Parlament zu sichern. Damit werden nicht nur Milliarden im Bundeshaushalt gespart, sondern auch die Unabhängigkeit der Abgeordneten sichergestellt. Denn wenn der einzelne Abgeordnete auf dem freien Markt der „- ich sag mal - Sponsoren“ sich bewegt, muss ein Gleichgewicht der Nachfrage und des Angebotes sich einpendeln und kein einzelner „Sponsor“ kann einen Vorteil erhandeln, zumal ja sowie so keine Gegenleistung erwartet werden kann.

Frau Müller-Meier-Schmid erklärt dazu, dass diese Abgeordneten, die das bedingungslosen Grundeinkommen ja unbedingt befürworten und hier auch schon mit gutem Beispiel vorangegangen sind, eine Gesetzesinitiative für ein solches erarbeiten und einbringen sollen.

Wenn dann alle arbeiten, ohne Gegenleistung für ihr Einkommen, ist eine Grundbedingung für eine solidarische Wirtschaft erfüllt.

Dies wird Frau Müller-Meier-Schmid in einem Vier-Augen-Gespräch dem Kanzler unterbreiten.

Meine Verehrung – Dieter Koschek, Geschäftsführer der mmsk
In Vertretung der Vorsitzenden der MMSK Frau Müller-Meier-Schmid